

SPD und Zentrum (letztere nur zeitweise und regional) scheinen profitiert zu haben. Liepach zeigt aber auch, daß die Erosion der traditionellen Bindungen zwischen Judentum und Linksliberalismus schon viel früher einsetzte. Dieser Prozeß kann nicht nur durch die Zeitungsanalyse, sondern auch wahlstatistisch belegt werden, denn zwischen 1924 und 1928 ermittelt Liepach einen stark positiven Einfluß des Anteils der Juden auf die Veränderungen im Lager der Nichtwähler, während gleichzeitig die DDP Wähler verlor.

Die empirische Wahluntersuchung Liepachs vermittelt ein komplexes und differenziertes Bild vom Wahlverhalten der Juden in der Weimarer Republik. Im Zusammenspiel mit seiner Zeitungsanalyse stellt der Autor die These auf, viele Juden hätten gegen Ende der Weimarer Republik ein strategisches Wahlverhalten gezeigt. Im Vorfeld der Reichstagswahl im Juli 1932 gab es in den jüdischen und liberalen Blättern eine umfangreiche Diskussion über Sinn und Nutzen einer Stimmabgabe für die Deutsche Staatspartei. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen bei der Preußenwahl im April 1932, bei der die DStp mit 332 490 Stimmen nur zwei Sitze errang, während die DVP zwar gut 2 000 Stimmen weniger, dafür aber sieben Mandate holte, wurde in den genannten Zeitungen intensiv diskutiert, ob man in den »aussichtslosen« Wahlkreisen nicht besser für SPD oder Zentrum votieren sollte, um eine mögliche absolute Mehrheit der NSDAP zu verhindern. Die »Frankfurter Zeitung« veröffentlichte in diesem Zusammenhang sogar detaillierte Wahlkreisauflistungen mit »sicheren« DStp-Kandidaten. Liepach kann durch die Wahlanalyse belegen, daß dieses im Vorfeld der Juliwahl 1932 diskutierte strategische Votum auch im jüdischen Wahlverhalten seinen Niederschlag fand. »In den »nicht empfohlenen« Wahlkreisen weisen die statistischen Beziehungsmuster einen deutlichen Zusammenhang zwischen der jüdischen Konfessionsvariablen und den Verlusten der DStp bzw. Gewinnen von Zentrum und SPD in der Juliwahl 1932 aus, während dagegen in den »empfohlenen« Wahlkreisen der Einfluß des jüdischen Bevölkerungsanteils auf die Ergebnisse der Deutschen Staatspartei sogar wächst« (S. 308). Somit widerlegt er die These, wonach die jüdische Wählerschaft sich spätestens im Juli 1932 von der Staatspartei abgekehrt habe.

Liepach zieht noch eine weitere, allgemeine Schlußfolgerung aus seinen Analysen: Die häufig zu findende Charakterisierung der mittleren 1920er Jahre als stabile Phase der Weimarer Republik, die angeblich auch für die deutsch-jüdische Geschichte Gültigkeit besitzen soll, möchte er zumindest für Teile der jüdischen Bevölkerung in Frage gestellt sehen. Subjektiv und mental fühlten sich die Juden eindeutig in einer Defensivposition: »Die Geschichte der Juden in der Weimarer Republik verläuft offenbar nicht synchron zu der durch die Geschichtswissenschaft vorgenommenen zeitlichen Kategorisierung der Weimarer Epoche« (S. 306). Er schlägt deshalb eine Periodisierungsdiskussion in der deutsch-jüdischen Geschichtswissenschaft vor. Das setzt aber eine intensivere Beschäftigung mit der sozialen Lage, den Lebensbedingungen und dem mentalen Befinden der Juden in den »stabilen« Jahren der Weimarer Republik voraus – und diese Untersuchung steht nach wie vor noch aus.

*Dirk Hänisch, Bonn*

Marie-Luise Ehls, *Protest und Propaganda. Demonstrationen in Berlin zur Zeit der Weimarer Republik*, Verlag Walter de Gruyter, Berlin etc. 1997, VI + 479 S., geb., 268 DM.

Die hier anzuzeigende Studie, eine 1995 in Berlin entstandene Dissertation, greift ein Thema auf, das in der Weimar-Forschung bisher zu Unrecht vernachlässigt wurde, und kommt zu einigen bemerkenswerten Ergebnissen. Problematisch, weil ohne Bezug zur untersuchten Epoche formuliert, ist jedoch ihre Ausgangsposition: Da Demonstrationen

ein essentieller Bestandteil jedes demokratischen Systems sind, müsse jegliche Einschränkung der Demonstrationsfreiheit als schwerwiegender Eingriff in die Verfassung abgelehnt werden.

In einem kurzen ersten Kapitel behandelt Ehls die rechtlichen Rahmenbedingungen der Demonstrationsfreiheit in der Weimarer Republik. Danach waren, so der überraschende Befund, Demonstrationen prinzipiell nicht anmeldepflichtig. Der Grund für diese sehr weitreichende generelle Liberalität lag im Unvermögen des Reichstags, ein Ausführungsgesetz für den Art. 123 der neuen Verfassung zu formulieren, der die Genehmigungsvorschrift der alten Bestimmungen von 1908 generell aufgehoben, dafür aber ein besonderes Reichsgesetz vorgesehen hatte. Aufgelöst werden konnte eine Versammlung oder ein Umzug aber weiterhin vor allem dann, wenn die Teilnehmer bewaffnet waren oder die Aktion unfriedlich verlief. Im ersten Hauptkapitel der Arbeit beschreibt die Verfasserin für jedes Jahr von 1919 bis 1933 die Zahl und Art der Demonstrationen in der Reichshauptstadt sowie die Reaktionen der Behörden, im zweiten diskutiert sie die Demonstrationspolitik der einzelnen Parteien und Verbände sowie das Verhalten der Polizei noch einmal systematisch – ein nicht sehr glückliches Verfahren, das zu unnötigen Längen und Wiederholungen führt. Als Quellen dienen ihr neben den Akten der Polizeibehörden vor allem vier Zeitungen, der »Berliner Lokal-Anzeiger«, die »Rote Fahne«, der »Vorwärts« und »Der Angriff«; die bedeutende (links-)liberale Presse der Hauptstadt zieht sie hingegen nicht heran. Deutlich wird zunächst, daß die neue Demonstrationsfreiheit keineswegs immer zur Geltung kam. Ehls zeigt, daß in sechs der 14 Jahre zwischen 1918 und 1933 Demonstrationen in Berlin entweder ganz verboten waren oder nur sehr eingeschränkt stattfinden konnten. Dies betraf vor allem die unruhigen Anfangs- und die Endjahre der Weimarer Republik, etwa die neun Monate zwischen Anfang März und Anfang Dezember 1919 und fast den gesamten Zeitraum zwischen Ende Oktober 1931 und Ende Dezember 1932, so daß Demonstrationen – anders als es das oft gezeichnete Bild von einer bürgerkriegsähnlichen Situation auf den Straßen zunächst vermuten läßt – als Mittel im Dauerwahlkampf des Jahres 1932 nahezu vollständig ausfielen. Leider fehlt diesem Befund die letzte Konkretion, denn die Verfasserin hat Umzüge im Wahlkampf generell nicht untersucht, weil diese, so die nicht völlig überzeugende Begründung, auf die Wähler und nicht auf die von ihnen gewählten Amtsträger zielten.

Weitaus die meisten Demonstrationen in Berlin wurden von der KPD organisiert. Während in den Inflationsjahren Erwerbslose, Kriegsoffer, Frauen und verschiedene Gruppen von Arbeitnehmern häufig die Straße als Bühne ihres zumeist friedlichen sozialen Protestes nutzten, marschierten danach fast nur noch Anhänger von Parteien und Angehörige der neuen Wehrverbände durch Berlin. Die KPD und der Rote Frontkämpferbund waren dabei deutlich aktiver als die SPD und das sich erst 1930 massiv engagierende Reichsbanner. Der Stahlhelm, auch das ein bemerkenswerter Befund, blieb dahinter weit zurück; die Parteien der bürgerlichen Rechten hielten sich von der Straße fern. Die NSDAP, die mit der SA erstmals 1926 in Erscheinung trat, entwickelte unter ihrem Gauleiter Goebbels sofort einen aggressiven Demonstrationsstil. Züge durch Arbeiterviertel, die Zusammenstöße provozieren sollten, standen aber nur bis 1927 im Vordergrund. Danach fungierte im Zeichen des Legalitätskurses die SA vornehmlich als bloßes Propagandainstrument; sie unternahm aber immer wieder antisemitische Übergriffe. Empfindlich getroffen wurde sie von den Demonstrationsverboten der preußischen Behörden, die durch andere Maßnahmen wie Uniformverbote ergänzt wurden. Einen ihrer öffentlichkeitswirksamen Haupttrümpfe konnte die Partei nun zeitweise nicht mehr ausspielen; offenen Widerstand gegen die Staatsgewalt konnte sie im Rahmen des neuen Kurses aber auch nicht leisten. Die Verfasserin bestätigt damit zum einen die schon von Gerhard Paul vertretene These, wonach die »Eroberung« der Berliner

Arbeiterviertel in blutigen Straßenkämpfen vor 1933 eine nachträglich gestrickte Legende war, denn sie konnte sich erst vollziehen, als nach dem 30. Januar 1933 sämtliche Machtmittel des Staates hinter den Angreifern standen. Zum anderen liefert Ehls damit Argumente gegen ihre eigene These von der Notwendigkeit eines zum Schutz der Demokratie unter keinen Umständen einzuschränkenden Demonstrationsrechts.

Demonstrationen mündeten vor allem dann in Gewalt, wenn kommunistische Demonstranten und die Polizei aufeinandertrafen. Die Verfasserin zeigt, wie stark das Verhalten dieser Demonstranten von der jeweiligen Generallinie der Partei bestimmt wurde (und deshalb in den mittleren Weimarer Jahren auch vom Bemühen um Kooperation gekennzeichnet sein konnte); sie beschreibt, wie detailliert die organisatorischen und gestalterischen Vorgaben waren, die die Parteiführung machte, und wie genau – bis hin zu Kontrollvermerken im Mitgliedsbuch – sie deren Vollzug durch die Mitglieder zu überwachen versuchte. Dieser Blick »von oben« deckt sich mit der häufig zu findenden Darstellung der KPD als leninistischer Kaderpartei. Er bedürfte freilich der Ergänzung durch eine genauere Untersuchung des Teilnehmerprofils, des Verlaufs und der Parolen der Demonstrationen, einer Perspektive »von unten«, wie sie Thomas Lindenberger in seiner Studie zur »Straßenpolitik« im Kaiserreich eingenommen hat. Die Verfasserin unterstreicht im Einklang mit jüngeren Arbeiten zur Geschichte der preußischen Polizei aber auch, in welchem Maß die Polizei selbst für die Gewalt verantwortlich war, weil sie jede kommunistische Demonstration als potentiell gefährlich ansah und gerade dann quasi-militärischen Formen der Ordnungsstiftung den Vorrang vor zivilen gab.

Insgesamt liefert die Studie wichtiges Material zur Bekräftigung mancher Ergebnisse der jüngeren Weimar-Forschung und sie beschreibt zentrale Entwicklungslinien der Weimarer »Straßenpolitik«, die an weiteren regionalen Fällen, abseits der Hauptstadt Berlin, zu überprüfen wären. Dieses positive Urteil wird dadurch nicht gemindert, daß die zu abstrakte Grundthese nicht völlig überzeugt, auch wenn die Verfasserin zu Recht auf die obrigkeitsstaatlichen Elemente im Handeln der preußischen Behörden und der sie politisch bestimmenden SPD kritisch aufmerksam macht. Der über den grotesk hohen Preis der Arbeit staunende Leser fragt sich im übrigen, ob es im de Gruyter-Verlag noch ein Lektorat gibt, das für größere Kürze sorgen und einige Flüchtigkeiten im Literaturverzeichnis hätte beseitigen können (so mutiert Karen Hagemann zu Karin Hausen, Thomas Balistier wird hartnäckig seines zweiten »i« beraubt, aus der »Politischen Vierteljahresschrift« werden »Vierteljahreshefte« u. ä.). Künftige Studien zur Weimarer Politik auf der lokalen und regionalen Ebene werden an Ehls' Studie aber nicht vorbeigehen können.

*Dirk Schumann, Bielefeld*

Gert Kähler (Hrsg.), Geschichte des Wohnens. Band 4: 1918–1945. Reform – Reaktion – Zerstörung, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1996, 742 S., geb., 128 DM.

Dieses von Gert Kähler herausgegebene, über 700 Seiten starke Werk eröffnet das Projekt einer »Geschichte des Wohnens«, die in insgesamt fünf Bänden den Gesamtzeitraum von der Vorgeschichte und Antike bis heute erfassen will. Dabei wird das Thema »Wohnen« – so auch im vorliegenden Band – aus dem Blickwinkel verschiedener Fachrichtungen von der Baugeschichte bis zur Medizin untersucht. Initiiert wurde das Projekt von der 1990 gegründeten Wüstenrot Stiftung, deren Wurzeln im Bauspar- und Eigenheimwesen genau in der hier thematisierten Zeitspanne von 1918 bis 1945 liegen. Wer sich allerdings deshalb erhofft, in diesem Band mehr über die Anfänge des Bausparwe-